

# Die Zeit nach E-Government — Höhere Wertschätzung der Verwaltung —

Hinrich E. G. Bonin\*

September 2003

## Zusammenfassung

Der Kunde und das Produkt prägen die E-Government-Welt von heute. Der Personalausweis als „Produkt“, der Grundschüler als „Kunde“ sind beispielsweise bestimmende Positionen für die Zielvereinbarungen und den Mitteleinsatz im Verwaltungsalltag. Folgerichtig werden die Organisationsformen zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) aus der Wirtschaft übernommen. Die IT-Gestaltung beim E-Government definiert daher primär die Wirtschaftsinformatik (WI).

Ist die IT-Durchdringung der Verwaltung auf der Basis der WI-Konzepte geschafft, dann gilt es, Defizite dieser Ausrichtung abzubauen. Der prägende Kunde verschiebt sich dann vom einzelnen Bürger (z. B. dem Grundschüler) zur Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger, also zur Gesellschaft (z. B. zum Bildungsgebot). Die stärkere Orientierung am Kunden Gesellschaft erfordert andere Organisationsformen mit neuen IT-Konzepten.

Für die Zeit nach dem E-Government ist die Verwaltungsinformatik (VI) schon heute gefordert sich damit auseinandersetzen. Zum Beispiel geht es dann nicht primär um die transaktions-orientierte Antragsbearbeitung, rund um die Uhr, sondern um Möglichkeiten der Ersetzung des Antragsprinzips.

Zukünftig wird das über Jahrzehnte erworbene Verwaltungswissen bei der Politikumsetzung stärker spezielle verwaltungsspezifische IT-Konzepte prägen, als es beim aktuellen E-Government geschieht. Die Verwaltung ist dann nicht mehr nur ein Kostenfaktor, den es zu minimieren gilt. Sie wird als eigenständiger Wert wahrgenommen. Ihr institutionelles Gedächtnis, ihre Bindekraft und ihre Sicherheit werden für die IT-Konzepte gestaltungsrelevant. Plakativ formuliert: Es kommt zu einer höheren Wertschätzung der Verwaltung und damit auch der VI.

---

\*University of Applied Sciences, Fachhochschule Nordostniedersachsen, Volgershall 1, D-21339 Lüneburg; <mailto:bonin@fhnon.de>.

# 1 Aktuelle E-Government-Fokus — der einzelne Kunde & das einzelne Produkt

Offensichtlich läßt sich *Electronic Government* (E-Government) nicht einfach und präzise definieren.<sup>1</sup> Der übliche Ausweg in Politik und öffentlicher Verwaltung ist ein Bezug auf „alle Prozesse und Angebote, bei denen der öffentliche Sektor als Anwender der Informations- und Kommunikationstechnologien auftritt.“<sup>2</sup> Dabei umfasst E-Government neben der internen Organisation auch Beschaffungsprozesse (≡ E-Procurement), die Interaktion mit den verschiedenen Anspruchsgruppen (u. a. Bürger, Wirtschaft, Verwaltung) und die Prozesse der elektronischen Willensbildung (E-Democracy) und Entscheidungsfindung<sup>3</sup>.“ (↔ [Friedrichs+2002], Glossar, S. 286)

Mit einer solchen Subsumierung eines kaum begrenzten Handlungsfeldes des öffentlichen Sektors läßt sich falsifizierungssicher feststellen: „Das Bewusstsein für E-Government nahm in den letzten Jahren sowohl auf Landes- als auch auf Bundes-Ebene kontinuierlich zu. Mit BundOnline 2005 und den diversen Landesinitiativen wird E-Government in Deutschland in einem rasanten Tempo vorangetrieben.“ (↔ [Scheer+2003] S. 161) Und für die Zukunft läßt sich dann euphorisch behaupten: „Im E-Government führende Nationen werden attraktiver für die „besten Köpfe“ der Welt . . . (und) schaffen damit die Grundlagen für eine Dienstleistungsgesellschaft der nächsten Generation.“ (↔ [Booz+2002] S. 192)

Bescheidener wäre es sicherlich, wenn man derzeit E-Government primär als eine Übertragung von E-Business auf geeignete Teilbereiche des öffentlichen Sektors einstufen würde. So wird die dominante Betonung der Kunden- und Produktorientierung bei E-Government verständlich. Selbst bei dieser Einschränkung ist die Realisierung von E-Government eine Herkulesaufgabe, denn es geht keinesfalls nur um „elektronische Ärmelschoner“ (↔ [Hamm2002]). Im Verwaltungsalltag bedingt die konsequente Kundenorientierung, analog zum E-Business-Leitbild, eine „radikale Neuorganisation“<sup>4</sup> der administrativen Geschäftsvorgänge im Back-Office-Bereich“ (↔ [Liikanen2002]).

Nun ist die Forderung nach einem IT-basierten Umbau der Verwaltung nicht

---

<sup>1</sup>Wie beispielsweise auch das F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen feststellt (↔ [Booz+2002] S. 19). Eine erste, umfassende, wissenschaftlich fundierte Definition geben Heinrich Reiner mann und Jörn von Lucke im Jahr 2001. (↔ [Reiner mann+2001]).

<sup>2</sup>In der öffentlichen Wahrnehmung von E-Government wird die zugehörige IT leider oft auf die Nutzung des Internets verkürzt. So formuliert beispielsweise Thilo Lenz: „E-Government und E-Nonprofit bezeichnen die Nutzung von Internet-Technologien durch Organisationen des ersten und dritten Sektors.“ (↔ [Lenz2001] S. 2) Dabei bilden der Staat den 1. Sektor, die Wirtschaft den 2. Sektor und die Nonprofit-Organisationen den 3. Sektor.

Jedoch haben die realisierten E-Government-Lösungen in Deutschland eine „sehr heterogen ausgeprägte“ IT, wie beispielsweise auch die Untersuchung von August-Wilhelm Scheer feststellt. (↔ [Scheer+2003] S. 163) Die Lösungen fußen nicht nur auf einer Vielfalt von Unix- und Windows-Computern, sondern auch auf modernen Host-Rechner mit dem neuen IBM Betriebssystem z/OS; das zum Beispiel im Jahre 2002 bei dataport, dem IT-Unternehmen für Hamburg und Schleswig-Holstein, installiert wurde. (Zusammenschluss der Datenzentrale Schleswig-Holstein (DZ-SH) mit dem Landesamt für Informationstechnik Hamburg (LIT)). (↔ [LIT2003])

E-Government ist nicht auf eine spezielle IT ausgerichtet, sondern „nutzt die verfügbare Informationstechnik für den Entwurf und Betrieb neuer Verwaltungsmodelle.“ (↔ [Reiner mann2003] S. 393)

<sup>3</sup>Zur Einbeziehung des Bürgers in Entscheidungsprozesse siehe zum Beispiel ↔ [Lenk2001].

<sup>4</sup>Als ein Organisationsbeispiel für die Kommunalverwaltung siehe ↔ [Eichhorn1998].

neu. Stets war und ist dieser Umbau, beziehungsweise diese „IT-getriebene Reform der Verwaltungsreform“ Kernthema der Disziplin Verwaltungsinformatik (VI). Schon bei den ersten Ansätzen ging es um die Strukturfragen zur Einbettung der neuen Organisationseinheit „Rechenzentrum“.<sup>5</sup>

Heinrich Reiner mann, der wesentliche Begründer der Disziplin Verwaltungsinformatik, hat dann überzeugend die Notwendigkeit von Strukturreformen herausgearbeitet.<sup>6</sup> Mit vielfältigen Analogien, vom Bauhausansatz<sup>7</sup> oder dem Traubenmodell, hat Heinrich Reiner mann mit seiner „Speyerer Schule“<sup>8</sup> verdeutlicht, dass das Übertragen von bewährten IT-Konzepten aus der Wirtschaft ein notwendiger Schritt ist, der allein nicht ausreicht.

Im „bescheidenen“ E-Government-Leitbild ist die Verwaltung primär ein Kostenfaktor, der konsequent zu minimieren ist. Klar ist daher, größere Einheiten mit flacher Hierarchie sind Ziel der Verwaltungsreorganisation, so dass dann primär die mittlere Managementebene wegrationalisiert wird. Mehr „Verantwortung“ (Arbeit) für die untere Verwaltungsebene (für die produktiven Dienstleister) geht einher mit einer „neuen Art von Zentralisierung“<sup>9</sup>. Unstrittig schafft die moderne IT die Möglichkeit, große, schlanke Organisationen zu steuern und zu überwachen.<sup>10</sup>

Klar ist aber auch, mit einem solchen Verwaltungsrückbau sind mannigfaltige Nachteile verbunden. Es geht wertvolles Verwaltungswissen verloren, da besonders die mittleren Ebenen das institutionelle Gedächtnis repräsentieren. Die Interaktionen zwischen mehreren Hierarchieebenen stärken soziale Bindekräfte und schaffen Loyalität zur Organisation, vielleicht weil nur so Aufstiegsperspektiven für die große Menge der Beschäftigten bestehen.

Das online erstellte Verwaltungsprodukt, kostenminimiert für den einzelnen Kunden, führt zum aktuellen E-Government Organisationsmodell, das sich holzschnittartig mit den Schlagworten „mehrkanales Front-Office“ und „schlankes Back-Office“ beschreiben lässt. Diese Organisationsform bedarf jedoch der Erweiterung und Ergänzung, damit sie Werten wie institutionelles Gedächtnis, Loyalität und Solidarität hinreichend gerecht werden kann.

---

<sup>5</sup>Beispielsweise befasst sich 1980 das Standardwerk der Verwaltungsinformatik (VI) mit dieser Organisationsfrage. (↔[Garstka+1980]) Die Diskussionen in den 90iger Jahren zum VI-Selbstverständnis im Sinne einer sich etablierenden, eigenständigen Disziplin waren geprägt von den Organisationsformen zur flächendeckenden IT-Infrastruktur; siehe beispielsweise die Beiträge in ↔[Bonin1992] und die Bände der GI-Reihe des Fachbereichs „Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung“ ↔[VI].

<sup>6</sup>Publikationen von Heinrich Reiner mann ↔ <http://www.dhv-speyer.de/rei/PUBLICA/> (online 22-Aug-2003)

<sup>7</sup>Siehe zum Beispiel ↔[Reiner man1983] oder ↔[Reiner mann2002].

<sup>8</sup>Siehe zum Beispiel die „Speyerer Thesen“ von 1987 (↔[Reiner man1987])

<sup>9</sup>Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennet analysiert schon „ein neues „ehernes Gehäuse“. ... Diese Form der Kontrolle hat Webers Welt gefehlt. Die erst dank dieser Technik mögliche Aushöhlung der Hierarchie zentralisiert die Macht.“ (↔[Sennett2003])

<sup>10</sup>Zur Notwendigkeit der „Verschlankung“ der Wirtschaft und Verwaltung als unvermeidbare Folge der internationalen Wettbewerbssituation siehe zum Beispiel die Analyse der Gesellschaft für Informatik e. V. Bonn (↔[GI1995])

## 2 Zukünftiger Fokus — der Kunde ist die Gesellschaft

Unstrittig kann jedermann Vorgänge oder Fälle im Verwaltungsalltag benennen bei denen die Leitbegriffe „Kunde“ und „Produkt“ nicht treffen. Der abschlägige Bescheid auf einen Antrag passt beispielsweise kaum ins Kundenbild.<sup>11</sup> Auch der (oben erwähnte) Grundschüler sowie sein Erziehungsberechtigter, sind nur bedingt Kunde. Die Gesellschaft zwingt ihn mit ihrer Schulpflicht, notfalls mit der Staatsgewalt, zur Bildung.

Will man aber die gerade mit E-Government erzielbaren Vorteile flächendeckend im Verwaltungsalltag erreichen, dann sollten die Leitbegriffe „Kunde“ und „Produkt“ nicht leichtfertig geschwächt oder gar verworfen werden, nur weil es vielfältige Falsifizierungen gibt. Vielmehr sind sie auszuweiten. So läßt sich die Gesellschaft in der Rolle Kunde betrachten und ihre Ziele als Produkte auffassen. Dann bleibt einsichtig, dass das Produkt (z. B. Bildung für alle) vom Kunden Gesellschaft kostenoptimiert erwartet wird. Optimiert wird nach einer Kundschaft bestehend aus der Menge von Individuen (Bürgern, Unternehmen, Organisationen etc.) und der Gesellschaft als Ganzes.

Bei den bestehenden und sich abzeichnenden Möglichkeiten der IT führt der Kostendruck, den diese Kundschaft erzeugt, zur „Netzwerkökonomie“, das heißt zu einer IT-durchdrungenen Arbeitsteilung zwischen vielfältigen Organisationseinheiten.<sup>12</sup> Für die Verwaltung ist der derzeitige Weg zur Netzwerkökonomie verbunden mit einem radikalen Outsourcing. Denkt man dieses Outsourcing konsequent zu Ende, dann entstünden total vernetzt arbeitende Organisationseinheiten, die jeweils nur aus einer relativ kleinen Gruppe von Experten bestehen.<sup>13</sup> Noch findet die Entscheidungen zum Outsourcing unter der Perspektive des Rückzuges auf die Kernaufgabe(n) der Verwaltung statt, zumindest im kommunalen Bereich. Das muss keinesfalls so bleiben, denn die Netzwerkökonomie zerlegt letztlich auch die Kernaufgabe. Unter dem Kostendruck beschließt derzeit beispielsweise ein Gemeinderat das Outsourcing des Bauhofs, der Gebäudereinigung oder der Unterhaltung des Friedhofs. Morgen auch das Outsourcing des Einwohnermeldeamtes oder des Ordnungsamtes?

So extrem betrachtet, nimmt die „Verwaltung im Cyberspace“<sup>14</sup> selbst zunehmend den Charakter von Software an. Damit gewinnen Software-immanente Eigenschaften wie Undurchschaubarkeit, Fehlerhaftigkeit, Manipulierbarkeit an Bedeutung. Allgemein wird angenommen, dass große Softwareprodukte das Kompilzierteste sind, was Menschen zur Zeit herstellen. Wie die Praxis<sup>15</sup> mit ihnen

---

<sup>11</sup>Im strikten Kundenbild müsste der Bescheid kaufbar sein, was dann zur Thematik Bestechung führt.

<sup>12</sup>Ob eine Organisationseinheit dabei zum öffentlichen Sektor gehört, reduziert sich auf eine Zweckmäßigkeitfrage.

<sup>13</sup>Die Koordinationkosten für ein Outsourcing in großem Stile sind erst durch den elektronischen Austausch großer Mengen technischer und buchhalterischer Informationen auf ein erträgliches Maß reduziert worden. Zu den Vorreitern eines IT-basierten Outsourcing-Konzeptes, den High-Tech-Unternehmen in der Automobil- und der IT-Industrie, siehe beispielsweise ↔ [Kelly1994] S. 259–287.

<sup>14</sup>Zum Begriff „Cyberspace“ im Verwaltungskontext siehe zum Beispiel ↔ [Bonin2002]; zu den Risiken zum Beispiel ↔ [Fiedler2002, Roßnagel2002].

<sup>15</sup>Moderne Betriebssysteme für Computer zählen zu den hochkomplexen Softwareprodukten. Trotz unzähliger Tests und jahrzehnten Betriebserfahrung mit ihren Vorgängern tauchen plötzlich Fehler auf, deren Auswirkungen vorher unkalkulierbar sind. David Parnas klassifizierte bei seiner Kritik zur „Star

zeigt, fehlen die Vorgehensweisen und das Instrumentarium um solche negativen Eigenschaften vollkommen zu beherrschen. Klassisches Verwaltungshandeln, mit den Tugenden wie Korrektheit, Verlässlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Fehlertoleranz etc., ist damit nur bedingt vereinbar.

Der Verweis auf die Defekte der Software wird leicht als Beharrungsargument missbraucht. Einerseits werden dann die Fortschritte der Informatik zur Reduktion des Problems<sup>16</sup> ignoriert, und andererseits wird auf komplexe Fälle verwiesen, bei denen die Aufgabe auch ohne Abbildung in Software nicht durchschaut wird.<sup>17</sup> Stets gilt jedoch: es muß präzise in allen Details verstanden werden was man tut, wenn es hinreichend fehlerfrei getan werden soll.

Das Wissen der Verwaltung gerade auch über Details wird benötigt. Das institutionelle Gedächtnis mit seinen vielfältigen Ausprägungen ist nicht problemlos in Software abbildbar. Die Euphoriephase der *Artificial Intelligence Konzepte* (AI) hat die Verwaltung schon um 1990 durchlaufen.<sup>18</sup> Die erfolgte Ernüchterung hat verdeutlicht, ohne das Fachwissen, ohne die Problemlösungskompetenz der Beschäftigten, sind die AI-Systeme nicht brauchbar.

Je stärker die Netzwerkökonomie den notwendigen Umbau der Verwaltung prägt, je stärker muss der Kunde Gesellschaft die Verwaltung auch als Wert betrachten, den es gilt zu nutzen und zu stärken. Heinrich Reiner mann thematisiert es unter dem Aspekt elektronisches Rathaus treffend mit der Forderung nach einer Kombination aus „Byte und Stein“ (↔[Reiner mann2002] S. 61).

### 3 Fazit — Verwaltung als Kapital nutzen

Noch versucht E-Government die Verwaltung neu als Dienstleistungsunternehmen zu organisieren. Maßstab ist primär der einzelne Kunde als Nachfrager und Bezahler. Seine Bedürfnisse definieren die Organisation und das Handeln der Verwaltung. Ihn gilt es wesentlich besser als heute zu befriedigen. Zunehmend wird die Gesellschaft als eigentlicher Kunde stärker gestaltungsrelevant werden. Die IT-basierte Evolution wird die Verwaltung nicht nur als Kostenfaktor sondern auch als Kapital betrachten.

Während die WI-Konzepte unstrittig den Kostenfaktor Verwaltung reduzieren helfen, bedarf es der VI-Konzepte für die Rendite des Kapitals Verwaltung. Weitsichtig haben die Begründer der VI, insbesondere die „Speyerer Schule“ von Heinrich Reiner mann, eine fundierte Basis für die Ausgestaltung solcher verwaltungsspezifischer Konzepte gelegt. Auch wenn die Herkulesaufgabe E-Government noch lange nicht bewältigt ist, ist die VI gefordert für ihre Konzepte Überzeugungsarbeit zu leisten.

---

Wars“-Initiative (SDI) komplexe Software als diskontinuierliches System, so dass Tests und Betriebserfahrungen die Verhaltensweisen nicht für alle möglichen Fälle vorhersehbar machen.

<sup>16</sup>Beispielsweise die Fortschritte durch standardisierte Komponenten im Konstruktionsverfahren und leistungsfähige Entwicklungswerkzeuge für den Programmierer. Als ein Beispiel sei hier auf die „Standards und Architekturen für eGovernment-Anwendungen“ der Koordinierungs- und Beratungsstelle für IT in der Bundesverwaltung verwiesen (↔[KBSt2003]).

<sup>17</sup>Beispielsweise werden die vielfältigen Wirkungen bei der Übernahme der Doppik im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen nicht hinreichend durchschaut.

<sup>18</sup>Zur „Sage vom sagenhaften Softwaresystem“ siehe zum Beispiel ↔[Bonin1990].

# Literatur

- [Bonin1990] Hinrich E. G. Bonin (Hrsg.); Entmythologisierung von Expertensystemen — Entscheidungsunterstützung in der öffentlichen Verwaltung, ↔[VI], Band 5, 1990, ISBN 3-8226-0190-X. {Hinweis: Beiträge zum XPS-Workshop des Fachbereichs RVI der GI im Juni 1989 in Lüneburg.}
- [Bonin1992] Hinrich E. G. Bonin (Hrsg.); Verwaltungsinformatik — Konturen einer Disziplin, Mannheim (BI-Wissenschaftsverlag), 1992, ISBN 3-411-15671-6. {Hinweis: Beiträge zum Selbstverständnis der Disziplin Verwaltungsinformatik.}
- [Bonin2002] Hinrich E. G. Bonin; Konventionelle Verwaltung im Cyberspace? — Globalität, Qualität und Nachhaltigkeit akzeptieren! — ↔ <http://as.fhnon.de/publikation/cyberspaceall.pdf> (online 3-Jun-2003), Passwort arbeiten; {Hinweis: Kritik am Denken in Rathaus-Kategorien bei der IT-Nutzung.}
- [Booz+2002] Booz-Allen-Hamilton (Hrsg.); E-Government und der moderne Staat — Einstieg, Strategie und Umsetzung —, Frankfurt (F. A. Z. -Institut), ISBN 3-934191-50-9. {Hinweis: Mitarbeiter von Booz Allen Hamilton skizzieren auf der Basis ihrer internationalen Beratungserfahrung erfolgversprechende Strategien und Maßnahmen zum Übergang auf E-Government.}
- [Eichhorn1998] Peter Eichhorn; Strukturmodell zur Reorganisation der Kommunalverwaltung, in: Organisationwandel öffentlicher Aufgabenwahrnehmung, hrsg. von Dietrich Budäus, Baden-Baden 1998, S. 211-221. {Hinweis: Ein Vorschlag zur Reorganisation der vielschichtigen und fragmentierten Aufbauorganisation der Kommunalverwaltungen.}
- [Fiedler2002] Herbert Fiedler; Cyber — libertär? Nach dem 11. September, in: Informatik-Spektrum, Band 25, Heft 3, Juni 2002, S. 215–219. {Hinweis: Diskussion über die Freiheit im Cyberspace — Antwort zu Alexander Roßnagel ↔[Roßnagel2002].}
- [Friedrichs+2002] Stefan Friedrichs / Thomas Hart / Oliver Schmidt (Hrsg.); E-Government — Effizient verwalten, demokratisch regieren —, Gütersloh (Verlag Bertelsmann Stiftung), 2002, ISBN 3-89204-663-8. {Hinweis: Präsentiert die Ergebnisse einer internationalen Recherche der Bertelsmann Stiftung.}
- [Garstka+1980] Hansjürgen Garstka / Jochen Schneider / Karl-Heinz Wiegand (Hrsg.); Verwaltungsinformatik, Textbuch herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises Verwaltungsinformatik, Darmstadt (S. Toeche-Mittler Verlag), 1980. {Hinweis: Erstes umfassendes Werk und heute Klassiker für die Disziplin Verwaltungsinformatik.}
- [GI1995] Gesellschaft für Informatik e. V. (GI), Bonn; Schlanker Staat & Informatik — Informatik und Informationstechnik können dazu beitragen —, 1995, Autoren Hinrich E. G. Bonin und Franz Josef Radermacher {Hinweis: Eine Analyse des Präsidiums Ausschusses “Forschung und Technologie” der GI.}
- [Hamm2002] Ingrid Hamm; Vorwort zu [Friedrichs+2002], S. 8. {Hinweis: Stellungnahme der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung zur E-Government-Studie.}
- [KBSt2003] Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung im Bundesministerium des Innern (KBSt); SAGA — Standards und Architekturen für eGovernment-Anwendungen, Version 1.1, Schriftenreihe der KBSt, Band 56, Februar 2003, ISSN 0179-7263. {Hinweis: Vorgestellt werden in verdichteter Form verbreitete Standards, Verfahren, Methoden und Produkte zur E-Government-Realisierung.}
- [Kelly1994] Kevin Kelly; Out of Control — The Rise of Neo-Biological Civilization, New York (Addison-Wesley), 1994, ISBN 0-201-57793-3; deutsche Ausgabe: Das

Ende der Kontrolle — Die biologische Wende in Wirtschaft, Technik und Gesellschaft, (Bollmann), 1997, ISBN 3-927901-87-3. {Hinweis: Das Buch beschreibt wie von Menschen hergestellte Artefakte zunehmend biologischen Organismen ähneln.}

[Lenk2001] Klaus Lenk; Muss die Bürgerkommune Dienstleistungskommune sein?, 12-Nov-2001

<http://www.kas.de/Kommunal30/statements/lenk.pdf>. (online 29-Apr-2002) {Hinweis: Ein Plädoyer für die Aktivierung von Bürgern und für mehr Mitsprache und Mitbestimmung in kommunalen Angelegenheiten.}

[Lenz2001] Thilo Lenz; E-Government und E-Nonprofit — Management von Internetprojekten in Verwaltung und Nonprofit-Organisationen; Stuttgart (Schäffer-Poeschel Verlag), Handelsblatt Bücher, Netzwerk-Edition, 2001, ISBN 3-7910-1837-X. {Hinweis: Eine praxisorientierte Skizze von Projekten und deren Erfolgsfaktoren.}

[Liikanen2002] Erkki Liikanen; Electronic Government als Herausforderung — der Beitrag der Europäischen Union, in: [Friedrichs+2002] S. 15–20. {Hinweis: Beitrag des EU-Kommissars für die Bereiche Unternehmen & Informationsgesellschaft.}

[LIT2003] Landesamt für Informationstechnik; LIT-INFO, Ausgabe 1/2003, Bezug über <mailto:Oeffentlichkeitsarbeit@lit.hamburg.de>

[Mehlich2002] Harald Mehlich; Electronic Government — Die elektronische Verwaltungsreform — Grundlagen, Entwicklungsstand, Zukunftsperspektiven, Wiesbaden (Gabler), 2002, ISBN 3-409-12295-8. {Hinweis: Ein Überblick über E-Government mit umfangreichen Literaturangaben.}

[Picot+2001] Arnold Picot / Hans-Peter Quadt (Hrsg.); Verwaltung ans Netz! — Neue Medien halten Einzug in die öffentlichen Verwaltungen, Berlin u. a. (Springer), 2001, ISBN 3-540-41740-0. {Hinweis: Beiträge eines gleichnamigen Kongresses des Müncher Kreises, einer gemeinnützigen übernationalen Vereinigung für Kommunikationsforschung.}

[Reinerman1983] Heinrich Reinermann; Brauchen wir eine „Bauhaus-Bewegung“ für die Verwaltungsautomation? In: Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung, Heft 3, 1983, S. 67–72. {Hinweis: Ein Plädoyer für Ganzheitlichkeit, Funktionalismus und Standardisierung bei der „Verwaltungsautomation“ .}

[Reinerman1987] Heinrich Reinermann; Verwaltungsinnovation und Informationsmanagement — 105 Speyerer Thesen zur Bewältigung der informationstechnischen Herausforderung, 2. Auflage, Heidelberg (Decker & Müller), 1987. {Hinweis: Skizze der Chancen einer Verwaltungsreform durch Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik.}

[Reinermann+2001] Heinrich Reinermann / Jörn von Lucke; Speyerer Definition von Electronic Governance; Ergebnisse des Forschungsprojektes Regieren und Verwalten im Informationszeitalter, 19. Januar 2001, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Online-Publikation

<http://www.dhv-speyer.de/rei/PUBLICA/online/online.htm> (online 4-May-2002) {Hinweis: Eine Systematik zum Verstehen der Begriffe *Electronic Governance* (im öffentlichen Sektor) und *Electronic Government*.}

[Reinermann2002] Heinrich Reinermann; Das elektronische Rathaus, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), 41. Jahrgang, 2002/II (Deutsches Institut für Urbanistik) S. 61–82. {Hinweis: Ein Vorschlag für das Rathaus als eine Kombination von „Byte und Stein“ .}

[Reinermann2003] Heinrich Reinermann; Verwaltungsmodernisierung mit New Public Management und Electronic Government, in: Hermann Knödler / Michael H. Stierle

(Hrsg.); Globale und monetäre Ökonomie — Festschrift für Dieter Duwendag, Heidelberg (Physica-Verlag), 2003, ISBN 3-7908-0048-1, S. 381–406. {Hinweis: Eine Analyse der Erfolgsaussichten von E-Government im Kontext von New Public Management.}

[Scheer+2003] August-Wilhelm Scheer / Helmut Kruppke / Ralf Heib; E-Government — Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung, Berlin u. a. (Springer), 2003, ISBN 3-540-03438-2. {Hinweis: Eine empirische Studie zur Prozessorientierung von E-Government-Initiativen auf Bundes- und Landesebene.}

[Sennett2003] Richard Sennett; Das neue „eherne Gehäuse“ — Die Globalisierung, die neue Marktwirtschaft und der fatale Versuch, ihre Werte und Organisationsformen auf Sozialsysteme zu übertragen; in: Frankfurter Rundschau, 2. September 2003, S. 7. {Hinweis: Eine kritische Analyse über die Versuche in den Industrieländern die Sozialsysteme nach dem Vorbild der Wirtschaft umzubauen.}

[Roßnagel2002] Alexander Roßnagel; Freiheit im Cyberspace, in: Informatik Spektrum, Band 25, Heft 1, Februar 2002, S. 33–38. {Hinweis: Eine Sicht der Rechtswissenschaft auf die Probleme von Recht, Staat und Demokratie im Cyberspace.}

[VI] Klaus Lenk / Heinrich Reinermann / Roland Traunmüller (Herausgeber); Schriftenreihe Verwaltungsinformatik, Heidelberg (Decker & Müller); herausgegeben im Auftrag des Fachbereichs „Informatik in Recht und öffentlicher Verwaltung“ (RVI) der Gesellschaft für Informatik e. V. Bonn, ab 1988. {Hinweis: Die Bände dieser Reihe verdeutlichen die jeweiligen Schwerpunkte der Diskussionen in der Verwaltungsinformatik.}

## Index

- Bauhaus, 7
- Bonin, Hinrich E.G., 3–6
- Booz-Allen-Hamilton, 6
- Bürgerkommune, 7
  
- dataport, 2
- Duwendag, Dieter, 8
- DZ-SH, 2
  
- E-Government
  - Erfolgsfaktoren, 7
  - EU Sicht, 7
  - Standards, 6
- Eichhorn, Peter, 2, 6
- Electronic Governance
  - öffentlicher Sektor, 7
- Electronic Government
  - Begriffsdefinition, 7
  - Überblick, 7
  
- Fazit, 5
- Fiedler, Herbert, 4, 6
- Friedrichs, Stefan, 6
  
- Garstka, Hansjürgen, 6
  
- Hamm, Ingrid, 6
- Hart, Thomas, 6
- Heib, Ralf, 8
  
- KBSt, 5, 6
- Kelly, Kevin, 7
- Knödler, Hermann, 8
- Kruppke, Helmut, 8
  
- Lenk, Klaus, 2, 7, 8
- Lenz, Thilo, 7
- Liikanen, Erkki, 7
- LIT, 2, 7
- Loyalität, 3
- Lucke von, Jörn, 2, 7
  
- Mehlich, Harald, 7
  
- Paradigma
  - Gesellschaft als Kunde, 4, 5
  - Kunde und Produkt, 2–3
- Picot, Arnold, 7
  
- Quadt, Hans-Peter, 7
  
- Radermacher, Franz Josef, 6
- Rathaus
  - elektronisch, 7
- Reinermann, Heinrich, 2, 3, 7, 8
- Roßnagel, Alexander, 8
  
- SAGA, 6
- Scheer, August-Wilhelm, 8
- Schlanker Staat, 6
- Schmidt, Oliver, 6
- Schneider, Jochen, 6
- Sennett, Richard, 8
- Solidarität, 3
- Stierle, Michael H., 8
  
- Trautmüller, Roland, 8
  
- Verwaltungsinformatik
  - Ausgangspunkt, 6
  - Disziplin, 6
  - Reformmotor, 7
- Verwaltungsreform
  - aktuelle Themen, 8
  - Cyberspace basiert, 6
  - funktionaler Ansatz, 7
  - IT basiert, 7
  - Mitbestimmung, 7
  
- Wiegand, Karl-Heinz, 6
  
- z/OS, 2

★ ★ ★

*E-Government*